

FDP reicht Anzeige gegen Stadtrat ein

Luzern Die Stadtregierung habe in der Debatte um das Parkhaus Musegg bewusst gelogen und weitere Vergehen begangen, so die FDP. Die Partei bringt nun den Kanton ins Spiel.

Stefan Dähler

stefan.daehler@luzernerzeitung.ch

Die Fronten sind verhärtet in der Stadtluzerner Verkehrspolitik. Bei FDP, CVP und SVP ist der Ärger gross über die Art und Weise, wie die Links-GLP-Mehrheit im Grossen Stadtrat sowie der Stadtrat das Parkhaus Musegg auf Abstellgleis gestellt haben. Nun erhält der Konflikt eine zusätzliche Dimension. Die städtische FDP hat beim kantonalen Justiz- und Sicherheitsdepartement eine Aufsichtsanzeige gegen den Stadtrat eingereicht. Die Partei erhebt unter anderem folgende Vorwürfe:

– Der Stadtrat habe «bewusst faktenwidrige Aussagen» gemacht. So schrieb er im August 2017 in einer Antwort auf eine Motion, dass aufgrund des Parkhauses negative Auswirkungen «auf die Stabilität der Museggmauer» nicht ausgeschlossen werden könnten. Damals habe der Stadtrat aber bereits Kenntnis vom Gutachten von Andreas Kälin gehabt, laut dem das Parkhaus zwar Risse, nicht aber «unzulässige Beschädigungen» verursachen könnte. Aus der Sicht der Eidgenössischen Kommission für Denkmalpflege stellt dies trotzdem eine «schwere Beeinträchtigung» dar (Ausgabe vom 15. Dezember 2017).

– Bei der Grossestadtratssitzung vom 15. Dezember 2016 wurde ein dringliches Postulat überwiesen, das den Abbruch der Zusammenarbeit mit den Initianten des Parkhauses Musegg verlangt. Damals lehnte der Stadtrat die Dringlichkeit des Vorstosses nicht ab, obwohl er plante, dem Parlament im folgenden Frühling einen Planungsbericht zur Carparkierung vorzulegen. Da man das Postulat gemeinsam mit dem Planungsbericht hätte behandeln können, seien die Voraussetzungen für die Dringlichkeit nicht gegeben gewesen. Es handle sich daher um eine «missbräuchliche



Das unter der Museggmauer geplante Parkhaus Musegg gibt weiter zu reden.

Bild: Philipp Schmidli (18. November 2017)

Anwendung der Dringlichkeitskriterien», so die FDP.

– Der Stadtrat habe «entscheidungsrelevante Unterlagen» unterschlagen. So sei etwa zum Zeitpunkt der erwähnten Parlamentsdebatte bereits der Entwurf einer Studie vorgelegen, der besagt, dass das Parkhaus Musegg die einzige Möglichkeit sei, das Problem der Carparkierung langfristig zu lösen (Ausgabe vom 3. Februar 2017). Weiter habe der Stadtrat mit der einseitigen Kündigung der Zusammenarbeit mit der Musegg Parking AG Vertragsbruch begangen.

Die Vorwürfe sind nicht neu. «Wir haben sie im Parlament be-

reits mehrmals geäussert», sagt FDP-Präsident Fabian Reinhard. «Dabei hatten wir jedoch das Gefühl, an eine Wand zu reden.» Aus diesem Grund habe sich die Partei für die Aufsichtsanzeige entschieden. «Damit wollen wir eine Aussensicht erhalten.» Es gehe dabei nicht um politische Inhalte. «Man kann gegen das Parkhaus Musegg sein, doch die Art und Weise stört uns. Die politische Kultur zwischen Stadtrat und Grosse Stadtrat ist in einem bedenklichen Zustand.»

Das Vorgehen sei nicht mit den anderen Parteien abgesprochen. Dass im Herbst die Abstimmung über die Initiative zur Aufwertung der Innenstadt von FDP, CVP und SVP sowie einem stadt-

rätlichen Gegenvorschlag geplant ist, sei nicht die Hauptmotivation für die Anzeige gewesen, betont Reinhard. «Aber natürlich ist es wichtig, im Vorfeld der Abstimmung Klarheit zu schaffen, damit die Bevölkerung die nötigen Entscheidungsgrundlagen hat.» Die Initiative fordert, dass die Stadt die Planungen für das Parkhaus Musegg wieder aufnimmt.

Dem Stadtrat drohen keine grösseren Konsequenzen

Welche Folgen könnte die Aufsichtsanzeige nach sich ziehen? «Es handelt sich dabei um einen formlosen Rechtsbehelf und kein Rechtsmittel. Es besteht also seitens der FDP kein Anspruch auf einen Entscheid oder eine Erle-

digung», sagt Kathrin Graber, Leiterin der kantonalen Abteilung Gemeinden. «Die Anzeige sei beim Departement eingetroffen und werde geprüft. Anschliessend werden die FDP und der Stadtrat eine Antwort vom Departement erhalten. Wie lange die Bearbeitung der Anzeige dauert, kann Graber nicht vorwegnehmen.

Gravierende Konsequenzen sind für den Stadtrat also nicht zu erwarten. Dieser nimmt mit Hinweis auf das laufende Verfahren keine Stellung. Übrigens ist gegen die Stadtregierung wegen der Nutzung des Schösslis Utenberg auch noch eine aufsichtsrechtliche Anzeige hängig (Ausgabe vom 28. Dezember 2017).

Kommentar

Eskalation als Chance

Die Vorwürfe haben es in sich: Der Luzerner Stadtrat soll bei den Diskussionen um das Parkhaus Musegg die Dringlichkeitskriterien bei Vorstössen missbräuchlich angewendet und gar Falschinformationen verbreitet haben. Unabhängig davon, ob das zutrifft oder nicht: Alleine die Tatsache, dass die FDP nun eine Aufsichtsanzeige gegen den Stadtrat beim Kanton eingereicht hat, zeigt, wie vergiftet das politische Klima in der Stadt Luzern ist. Die Diskussionen rund um das Parkhaus Musegg und generell die Verkehrsthematik drehen sich im Kreis und stehen konstruktiven Lösungen im Weg.

Die Anzeige mag eine neue Eskalationsstufe in der städtischen Verkehrsdebatte darstellen, doch sie kann auch eine Chance sein. Eine Stellungnahme des Kantons könnte dazu beitragen, die schon lange im Raum stehenden Vorwürfe zu klären und damit die Diskussionen zu versachlichen – was dringend notwendig wäre. Dafür wäre es jedoch wichtig, dass der Kanton das Geschäft schnell behandelt. Denn im Herbst wird das Volk über das Parkhaus Musegg abstimmen. Spätestens dann muss Klarheit herrschen.



Stefan Dähler
Stv. Leiter Stadt/Region
stefan.daehler@luzernerzeitung.ch